

Soziale Strukturen in Gefahr

CDU WILL ARBEITSFÖRDERUNG EINSCHRÄNKEN

Zu großer Verunsicherung unter Trägervereinen und Beschäftigten von Arbeitsförderungsmaßnahmen führt das Vorhaben der CDU-Landesregierung, Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) im sozialen Bereich einzuschränken.

Die angekündigte Prioritätenliste - inoffiziell kursiert das "unter der Decke" erarbeitete Papier bereits - sorgt für Empörung. Grund: Die Zulassungskriterien - gültig ab Juli, bis dahin sind alle Maßnahmen befristet - räumen der Jugend-, Frauen- und Kulturförderung sowie Behinderten- und Seniorenbetreuung kaum Chancen ein. Die SPD-Fraktion wird parlamentarisch aktiv werden, um zu verhindern, dass die sozialen Strukturen Thüringens von der CDU-Regierung vernachlässigt oder gar zerstört werden.

Zur Bestandsaufnahme veranstaltete die Fraktion eine Anhörung im Landtag. Etwa 20 Trägervereine aus ganz Thüringen wiesen auf ihre Probleme hin. Beklagt wurden starke Unsicherheiten - viele Beschäftigte wissen nicht, ob sie ab Juli noch Arbeit haben - sowie hoher Verwaltungsaufwand und schleppende Bearbeitung der Förderanträge.

Kritik gab's zudem, dass Kultur, Soziales und Jugend nicht im Kriterienkatalog auftauchten. So sei der Betrieb von Museen ohne Arbeitsförderung gefährdet. Laut Prioritätenliste sei der "Abriss von Museen förderfähig, aber das Betreiben nicht", so ein Vertreter des Museumsverbandes.

Selbst die Mitarbeiter von Sorgentelefonen im Kinder- und Jugendschutzbereich plagt mittlerweile die Sorge um die Existenz ihrer Projekte. Der Behindertenverband

befürchtet, dass die Projekte betreutes Wohnen wegfallen. Vertreter der Arbeiterwohlfahrt (AWO) - sie ist in der Altenhilfe aktiv und betreibt etwa 50 Seniorenbegegnungsstätten - sehen 120 Stellen in Gefahr. Kommunalvertreter verwiesen auf die prekäre Haushaltslage der Kreise, Städte und Gemeinden, die ohne SAM unter anderem kulturelle Jugendbildung brach liegen lassen müssten.

Die Arbeitsloseninitiative befürchten, dass 54 Maßnahmen wegbrechen, sollte nicht schnellstens bewilligt werden. Vorsorglich habe man den Beschäftigten bereits gekündigt. Von 65 beantragten SAM-Stellen seien seit Oktober 1999 ganze drei bewilligt worden. Die Bürokratisierung des Antragsverfahren kritisierte Petra Enders von der Frauengruppe Großbreitenbach mit 103 Beschäftigten, davon 27 SAM. Teilweise müssten die Anträge drei Mal überarbeitet werden. Auf arbeitsrechtliche Konsequenzen verwies ein Vertreter des DGB. Schließlich hätten die Träger mit Genehmigung der Arbeitsverwaltung längerfristige Verträge abgeschlossen. Bei Nicht-Bewilligung drohten langwierige Prozesse mit Folgekosten.



"Es hat sich der Eindruck verfestigt, dass die Arbeitsämter sehr wohl das Fördergeld zur Verfügung haben, aber die Regierung und ihre zuständige Landesgesellschaft blockieren," sagte SPD-Wirtschaftspolitiker Frieder Lippmann, nach der Anhörung. Anscheinend hat die Landesregierung noch nicht begriffen, dass zu einem gesunden wirtschafts- und strukturpolitischen Standort auch ein gesundes sozialpolitisches Umfeld gehört, so Lippmann weiter.

SPD-Sozialpolitikerin Petra Heß machte nach der Debatte Mut: "Sie sind keine Bittsteller, sondern wichtige Leistungserbringer für die Gesellschaft". Dass die sozialen Leistungen nicht abgebaut werden und den Beschäftigten sowie den Hilfsbedürftigen nicht ihre Basis genommen wird, das wird die SPD-Fraktion einfordern.

PARLAMENT

Erproben Rechte
Thüringen als neues
Aufmarschgebiet?

Seite 3

AKTUELL

Gute Nachricht
für Landwirtschaft:
Agrardiesel billiger.

Seite 4

Perspektive

Die Tarifparteien der verschiedenen Bereiche sollten verbindliche Regelungen zur mittelfristigen Ost-West-Angleichung der Löhne vereinbaren.



Dem weiteren Abwandern qualifizierter Fachkräfte aus Thüringen dürfen wir nicht tatenlos zusehen. Nur wenn den Beschäftigten - insbesondere den jungen Facharbeitern - hier eine klare Perspektive zur Entwicklung der Einkommen aufgezeigt wird, werden sie auch hier bleiben.

Die Diskussion um fehlende Fachkräfte im Computerbereich zeigt, dass das Vorhandensein von gut ausgebildeten Fachleuten ein wichtiger Standortfaktor ist.

Diesen Faktor dürfen wir nicht auf Grund des Lohngefälles verlieren.

Wünschenswert wäre Enthaltung West zur schrittweisen Angleichung Ost. Wenn aber die Tarifabschlüsse West regelmäßig hoch ausfallen, verringert sich der zusätzliche Spielraum für die Ost-Angleichung. Dieser Knoten muss endlich durchschlagen werden.

Letztlich würden durch die höhere internationale Wettbewerbsfähigkeit alle davon profitieren.

Dr. Gerhard Botz

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landtagsfraktion, Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt, Tel.: 0361/377 2336, Fax: 0361/377 2417, Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Dr. Werner Pidde, Parlamentarischer Geschäftsführer

Layout/ Satz:



Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt

Redaktionsschluss: 27.03.2000

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 10.000 Exemplaren.

Aktion: „Frau und Beruf“

BUNDESWEITE KONFERENZ IN ERFURT

Das Programm „Frau und Beruf“ war Schwerpunktthema der Konferenz der Frauen- und Gleichstellungspolitischen Sprecherinnen der SPD-Fraktionen im Bundestag, in den Landtagen und Bürgschaften sowie im Europäischen Parlament Ende März in Erfurt. Bundestagsabgeordnete Christel Humme und Dr. Edith Niehuis, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium referierten zu den Themen: Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit sowie Gleichstellung in der Bundesverwaltung und in der Privatwirtschaft. Weiter Diskussionspunkte waren die Novellierung des Bundeserziehungsgeldgesetzes, die Flexibilisierung des Erziehungsurlaubs sowie die Entwicklung des Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen. Im zweiten Teil der Konferenz diskutierten die Teilnehmerinnen das Aktionsprogramm der Bundesregierung zur

Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Fragen eines eigenständigen Aufenthaltsrechts für Ausländerinnen gemäß Ausländergesetz. Durch Anträge der CDU-regierten Länder sei es zu Verzögerungen bei der parlamentarischen Behandlung dieses Änderungsgesetzes gekommen.

Der Referentenentwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung liegt inzwischen vor, hieß es.

Die Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Sprecherin der AG Finanzen, Nicolette Kressl, referierte zum Abschluss der Tagung über die Steuerreform 2000 und insbesondere über die steuerliche Entlastung der Familien.

Rosemarie Bechtum

Frauenpolitische Sprecherin

Anzeige

SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

Wir stellen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/einen

Volljuristin/en ein.

Dabei denken wir an eine/einen Mitarbeiterin/Mitarbeiter mit Interesse an parlamentarischer und politischer Arbeit. Ein Ausbildungsschwerpunkt im Verfassungs- und Verwaltungsrecht sowie Erfahrungen im gesetzgeberischen Bereich wären von Vorteil.

Daneben wünschen wir uns eine/n Kollegin/en, die/der eine Neigung zum Arbeits- und Betriebsverfassungsrecht hat.

Wir erwarten eine hohe Einsatzbereitschaft und Kollegialität in der Zusammenarbeit mit den Abgeordneten und Mitarbeitern der Fraktion.

Wir bieten eine anspruchsvolle, interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit, die bis zur Verg.Gr. I des BAT-Ost vergütet wird.

Wenn Sie mehr über uns wissen möchten, können Sie weitere Informationen auch unter www.spd-thl.de im Internet nachlesen.

Bitte senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieser Anzeige an die

SPD-Fraktion im Thüringer Landtag
Frau Heider
Arnstädter Straße 51 . 99096 Erfurt
Tel.-Nr.: 03 61 / 3 77 23 35

Nazi-Aktionen verhindern

SPD-FRAKTION: INNENMINISTER KÖCKERT UNFÄHIG

Erprobt die politische Rechte Thüringen als Aufmarschgebiet? Diese Frage konnte CDU-Innenminister Köckert im Plenum am 16. März in einer von der SPD-Fraktion initiierten Debatte zu Rechtsextremismus und Extremismusbekämpfung nicht beantworten. Auch auf die Frage, warum Innenministerium und Verfassungsschutz seit seinem Amtsantritt immer wieder von Skinhead- und Neonazi-Aktionen über-



rascht werden, reagierte Köckert mit Ausflüchten und Anschuldigungen. Anlass für die Debatte war ein Aufmarsch von etwa 500 Skinheads und Neonazis, die rechte Parolen brüllend am 26. Februar durch Erfurt zogen. Innenministerium und Verfassungsschutz schienen von Größe und Ausmaß dieser Kundgebung völlig überrascht worden zu sein. Und dies nicht zum ersten Male. Schon auf die Randalen von mehr als tausend Neonazis im November in Schorba bei Jena waren Innenministerium und Verfassungsschutz unvorbereitet. Der Verfassungsschutz müsse seiner Aufgabe besser nachkommen, forderte SPD-Innenpolitiker Günter Pohl.

Nach dem Ereignis in Schorba hatte er Innenminister Köckert aufgefordert, die Aufklärung im Vorfeld wieder verstärkt zu betreiben. Geschehen ist seitdem nichts. Das zeigen auch die Demonstration gegen ein Asylbewerberheim im Februar in Gera und die rechte Kundgebung in Erfurt.

Während des Plenums forderten Redner der SPD-Fraktion - wie Rosemarie Bechthum, Günter Pohl und Hans Jürgen Döring - von der Landesregierung ein Gesamtkonzept zur Extremismusbekämpfung. Darin sollen Ursachenbekämpfung und Prävention eine übergeordnete Rolle spielen. Schließlich können polizeiliche Konzepte gegen den Extremismus nur als Teil eines Gesamtkonzepts wirksam werden.

„Thüringen ist das einzige neue Bundesland ohne Konzept zur Bekämpfung des Rassismus“, bedauerte Pohl. Der Innenminister beabsichtige mit seinem vermeintlichen polizeilichen Konzept zur Extremismusbekämpfung lediglich die Beruhigung der Öffentlichkeit.

SPD-Sozialpolitikerin Birgit Pelke warf Köckert vor, die friedlichen Demonstranten vom 11. März in Erfurt sowie die SPD mir ihrer Forderung nach massiver Aufklärungsarbeit „in Größenordnung diffamiert“ zu haben.

Ziel der Plenardebatte hätte der große Konsens aller drei im Landtag vertretenen Parteien sein können. Schließlich verlange die Thematik diesen Konsens, so SPD-Landtagsabgeordneter Richard Dewes, Amtsvorgänger des jetzigen CDU-Innenministers. Er warnte davor, der Versuchung zu erliegen, diejenigen in die Ecke zu stellen, die ihre Besorgnis äußern. Die CDU erlag dieser Versuchung. Sie beteiligte sich nicht an der „Demo gegen Rechts“ in Erfurt. Damals machten über tausend Menschen deutlich, dass die Thüringer nicht blind gegen rechte Gewalt sind. Die Thüringer Christdemokraten trafen sich zu diesem Zeitpunkt mit ihren hessischen Parteifreunden. Diese hatten im Vorjahr die Landtagswahl durch die Mobilisierung der Stammtische gegen die doppelte Staatsbürgerschaft für sich entschieden.

MEINUNG

Beschämend

Was sich die CDU-Fraktion in der jüngsten Plenarsitzung des Thüringer Landtages geleistet hat, schlägt dem Fass den Boden aus: Kurz nachdem die CDUler mit ihrer absoluten Mehrheit



einen Oppositionsantrag zur Vergütung der Psychotherapeuten Thüringens gestimmt hatten, wollte Christdemokratin Johanna Arenhövel mündlich einen fast wortgleichen Antrag zur Abstimmung bringen.

Nicht nur den betroffenen Psychotherapeuten auf der Besuchertribüne des Plenarsaals blieb fast die Spucke weg. Die Empörung war groß.

Damit sollte der Opposition im Landtag wieder einmal mehr als deutlich gemacht werden, dass sie dieser absoluten CDU-Regierungsmehrheit ohnmächtig gegenüber steht. Deutlich wurde aber auch, dass es der Regierungsfraktion weder um Sacharbeit und dringend notwendige Problemlösungen, sondern vielmehr um ideologisch geprägte, billige Polemik geht. Dieser beschämende Vorfall im Plenum des Thüringer Landtages reiht sich ein in die arrogante Demonstration der Macht, die die Christdemokraten seit dem Wahlgewinn im September praktizieren.

Nach Tumulten im Plenum zog die CDU den Antrag zurück, verfasste ihn neu und brachte ihn erneut - diesmal als Entschließungsantrag - ein. Der Inhalt aber war dem Oppositionsantrag gleich.

Der SPD-Fraktion war und ist die Sicherung der Existenz der Psychotherapeuten und die verantwortungsvolle Behandlung ihrer Patienten sehr wichtig. Aus diesem Grund stimmten die Sozialdemokraten letztlich für den CDU-Antrag - ohne ideologische Scheuklappen.

Petra Heß

Sozialpolitische Sprecherin

IMMER > AKTUELL > INFORMIERT

> WWW.SPD-THL.DE

Agrardiesel billiger

HILFE FÜR THÜRINGER LANDWIRTSCHAFTSBETRIEBE

Die Entscheidung über die Einführung des steuerlich verbilligten Agrardiesels ist auch für die thüringischen Landwirtschaftsunternehmen eine gute Botschaft. Besonders in den benachteiligten Gebieten, wo die Betriebe neben der Marktfruchtproduktion auf ertragsschwächeren Böden mit der aufwendigeren Veredlung über das Tier immer weniger Chancen haben, in der Gewinnzone zu bleiben, kommt es auf jede Marktkostenreduzierung an. Gelingt das nicht, wird weiter beschleunigt rationalisiert. Das heißt: Arbeitsplätze würden abgebaut.

Oft sind aber die Agrarbetriebe in den ländlich strukturierten Gebieten die letzten größeren Akteure am ersten Arbeitsmarkt. Sie sind meist auch wichtige Auftraggeber für ortsansässige Handwerksbetriebe. Wer das übersieht, läuft Gefahr, zwei entscheidende Fehler zu machen: Erstens, das Risiko einer weiteren wirtschaftlichen Destabilisierung unserer ländlichen Räume einzugehen, und zweitens, die Zielstellung der Nachhaltigkeit unserer Produktionsabläufe zu gefährden.

Natürlich könnten wir noch billiger produzierte Nahrungsmittel aus allen Teilen der Welt einkaufen und damit unsere Landwirte zu großen Teilen in die



Arbeitslosigkeit schicken, ohne dass es Versorgungsprobleme gäbe. Was hätte das aber noch mit unserer ökologisch begründeten Zielstellung der Rückkehr zu möglichst geschlossenen regionalen Stoffkreisläufen zu tun? Wie teuer käme uns dann in den auf Tourismus ausgerichteten Regionen die Pflege der Kulturlandschaft?

Wird es nicht vielmehr höchste Zeit, auch außerhalb unserer Dörfer das Bewusstsein zu entwickeln, wie eng der Zusammenhang zwischen dem gewaltigen Kostendruck auf die Landwirtschaft und dem immer weiter sinkenden Aufwendun-

gen der Verbraucher für das wichtigste, was sie brauchen, eben ihre Nahrungsmittel geworden ist? Solange es in der Europäischen Union zwar eine gemeinschaftliche Preispolitik für die Agrarprodukte, aber noch keine erfolgreiche Anpassung der Besteuerung - zum Beispiel für Treibstoffe - und damit eine enorme Wettbewerbsverzerrung gibt, müssen wir uns auch als Landespolitiker entschieden für Gegensteuerungsmaßnahmen wie in diesem Falle bei Agrardiesel einsetzen.

Dr. Gerhard Botz

Agrarpolitischer Sprecher



WEGWEISER DURCH FÖRDERDSCHUNGEN

Hilfe und Orientierung bei der Suche nach dem richtigen Förderprogramm und dem entsprechenden Ansprechpartnern bietet die Broschüre "Fördermittel und Zuschüsse".

Angesichts der mangelnden Transparenz der vielfältigen Förderprogramme im Freistaat soll die Broschüre mit Auszügen aus dem Landeshaushalt 2000 besonders für Vereine und Verbände, aber auch für die Privatwirtschaft, für Institutionen und Kommunen als Wegweiser im Förderdschungel dienen.

Das Heft gibt's in den SPD-Bürgerbüros und über die Geschäftsstelle der Landtagsfraktion, Telefon: 0361 / 3 77 23 36.

STICHWORT - WAS IST WAS?

Gasöl-Beihilfe

Eine ältere steuerliche Entlastung bei der Mineralölsteuer (0,41 DM/l) für landwirtschaftliche Unternehmen in Deutschland. Begründung: Diesel wird überwiegend zur Bearbeitung der landwirtschaftlichen Nutzflächen benötigt, kaum aber auf Straßen. Für deren Finanzierung braucht der Staat aber überwiegend die Mineralölsteuer.

Agrardiesel

Ab 01.01.2001 geltender Sondersteuersatz für grün eingefärbten, in der Landwirtschaft verwendeten Diesel (0,57 DM/l) zur begrenzten Kompensation des Wegfalls der Gasöl-Beihilfe und der stärkeren Belastung der Landwirte durch die Ökosteuer. Die deutlich geringer greifende Rentenbeitragssenkung in der Landwirtschaft führte dort zur eindeutigen Mehrbelastung gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen.

Biodiesel

Durch Veresterung von Rapsöl produzierter "biologischer Diesel", der wegen seiner Befreiung von der Mineralölsteuer für Landwirte und andere Großverbraucher immer interessanter wird, aber nur in begrenztem Umfang produziert werden kann. Zurzeit ca. 1,00 DM/l - besonders umweltfreundlich.